

Jugend setzt sich gegen die Rentenzahlung zur Wehr

Politischer Nachwuchs will sich parteiübergreifend für „drastische“ Lösungsvorschläge einsetzen

af Berlin – Die Jugend in Deutschland setzt sich parteiübergreifend gegen die Rentenzahlung zur Wehr. Heute wollen Vertreter von Jugendorganisation der Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen in Berlin in einer gemeinsamen Charta fordern, die Interessen der jungen Generation zu berücksichtigen. Bundesregierung und Opposition sehen sich damit einer geschlossenen Front von Jugendvertretern gegenüber, die sich mit den bisherigen Rentenvorschlägen nicht zufriedengeben.

Von einem Aufstand der Jugend wollen die Organisatoren dennoch nicht sprechen. Ihnen gehe es nicht um Protest, betont Peer Ederer vom Verein „Deutschland Denken!“, der das Spitzentreffen der Jugendverbän-

de organisiert hat. „Wir zeigen den Älteren, wie man es macht.“ Der 34-jährige Unternehmensberater hatte 1999 mit dem „Geschäftsbericht Deutschland AG“ auf sich aufmerksam gemacht. Darin analysierte er, wie es um die deutsche Finanzlage stünde, wäre das Land eine Aktiengesellschaft. Die Konferenz wird von Sponsoren finanziert.

Im Oktober hatten sich die Jugendvertreter bereits auf der Expo in Hannover getroffen und eine Präambel für die Charta erarbeitet. In der sie „Nachhaltigkeit“ und Verantwortung für kommende Generationen in der Politik fordern. In Berlin wollen sie sich heute auf ein Maßnahmenpaket einigen, mit dem dieses Ziel umgesetzt werden kann. An der Kon-

ferenz nehmen neben Vorstandsvertretern von Junger Union, Jusos, Jugend und Sozialistischer Jugend unter anderem kirchliche, Studenten- und Wirtschaftsorganisationen teil. Mit ihrer gemeinsamen Charta über Parteigrenzen hinaus wollen die Jugendverbände Druck auf die Politik ausüben, ihre bisherigen Entscheidungen zu überdenken.

Zwar rechnet Ederer nicht damit, dass sich die Teilnehmer auf konkrete, zahlenmäßige festgelegte Maßnahmen einigen werden. „Wir werden kein bestimmtes Rentenniveau fordern“, sagt er. Aber Vertreter aller politischen Richtungen seien sich einig, dass die bisherigen Maßnahmen zu kurz greifen. Die Jugendkonferenz will sich für „radikale, drasti-

Atomwaffen bleiben in Deutschland stationiert

Schreckungsstrategie der Nato fest – US-Regierung bei Raketen Schild noch im Meinungsbildungsprozess

Weiterrückführung von Massenvernichtungswaffen leider gibt“, sagte Scharing. „Die Zahl der Atomwaffen auf der Erde ist gestiegen.“

Wie weiter verlaute, wolle die Bundeswehr mehrere Tornado-Jets voraussichtlich bis zum Jahr 2020 als Atomwaffenträger bereit halten. Sie gehörten zum Jagdbombergeschwader (Jabog) 33, das auf dem Eifel-Fliegerhorst Büchel (Rheinland-Platz) stationiert ist. Dort sind auch die US-Atomwaffen vom Typ B61 gelagert. Sie stehen unter amerikan-

nach soll das Jabog 33 auf den Eurofighter umrüsten, der nach offiziellen Angaben nicht als Atom Bomber geeignet ist. Dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel zufolge gibt es Reservestellen für US-Atomwaffen auch bei den Jagdbombergeschwadern 34 „Allgäu“ in Memmingen und 31 in Nörvenich. Ersteres soll aufgelöst werden und das Geschwader in Nörvenich ebenfalls auf Eurofighter umsteigern.

Aus deutscher Sicht haben es die USA mit dem Aufbau ihres geplanten

gierung habe erkannt, dass sie nicht unter Zeitdruck stehe, sondern Zeit habe, „diese Dinge in den nächsten Wochen und Monaten gründlich durchzuwägen“.

Mit dem Raketen Schild wollen sich die USA vor Angriffen von Staaten wie Nordkorea schützen, die militärtechnisch weit entwickelt, jedoch nicht in internationale Abrüstungsverträge eingebunden sind.

Bei dem angekündigten Dialog sollen nach deutscher Darstellung sowohl Sinn und Zweck des Rake-

ten Schildes akzeptabel zu machen.

Bush hatte am Freitag die umfassende Überprüfung der US-Verteidigung angeordnet. Anvisiert ist eine neue Militärstrategie, die außer NMD einen einseitigen Abbau von Atomwaffen vorsieht. Im Wahlkampf hatte sich der Republikaner dafür stark gemacht, die Raketenabwehrpläne zügig umzusetzen. Tests hatten im vergangenen Jahr aber gezeigt, dass das System noch nicht völlig ausgereift ist.



www.morgenpost.de/thema/rente/